



Die Zukunft Europas gestalten

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas am 09. Mai 2021

Beschluss vom 4. Mai 2021

14 Jahre nach der Unterzeichnung des Lissaboner Vertrages und 71 Jahre nach der Schuman-Erklärung befindet sich die Europäische Union (EU) in einer entscheidenden Phase. Die EU bildet noch immer einen der größten Wirtschaftsräume der Welt und sie hat politisches Gewicht. Unsere Werte der individuellen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nach wie vor attraktiv. Aber unser Modell steht längst nicht mehr unangefochten da: Aufstrebende neue Mächte machen ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss geltend. Insbesondere China fordert den Westen in seinem Wohlstandsversprechen heraus, nicht zuletzt während der Covid-19-Pandemie. Internationale Krisenherde an unseren Grenzen, ein starker Migrationsdruck, eine neue Konfrontation von Ost und West und die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verändern die Vorzeichen für das Integrationsprojekt Europa als Garant von Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand grundlegend.

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine Chance, Antworten auf diese veränderten Rahmenbedingungen zu geben. Die Konferenz weckt Erwartungen und sie wird nur dann ein Erfolg werden können, wenn an ihrem Abschluss einerseits konkrete und sichtbare Ergebnisse stehen und diese andererseits dem selbstgesteckten Anspruch einer Bürgerkonferenz gerecht werden. Die Akteure der Konferenz sollten sich daher nicht in Schlagwortdebatten über die „Gründung einer Europäischen Republik“ oder dem „Ende der Europäischen Union“ verlieren. Vielmehr sollte die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die EU in zehn bis 15 Jahren aussehen soll und was unsere gemeinsamen Ideen für die Fortentwicklung der EU sind. Wir brauchen die EU, um uns in einer Welt von einseitig agierenden Supermächten, mit denen kein europäischer Staat allein konkurrieren kann, behaupten zu können.

Denn eins ist klar: Ohne die EU werden wir auf die großen Herausforderungen der Gegenwart wie den Klimawandel, die Sicherung der Welternährung, die Migrationskrise oder die Digitalisierung keine effektive Antwort geben können. Mit rein nationalen Lösungen kommt man in diesen Politikfeldern nicht weiter. Dabei gilt, dass nationale und europäische Souveränität zusammengedacht werden müssen. Wir möchten die EU weder als einen Föderalstaat noch als einen losen interessengeleiteten Wirtschaftsverbund verstanden wissen. Die EU war in ihrer Form bisher überaus erfolgreich. Damit sie erfolgreich bleibt, brauchen wir eine starke und handlungsfähige EU, die den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft dient.

Die europäische Integration hat unter Konrad Adenauer und Robert Schuman mit der Idee des Schutzes voreinander durch eine gemeinsame Kontrolle kriegswichtiger Industrien begonnen. Heute geht es um den Schutz nach außen, um die gemeinsame Stellung Europas in der Welt. Deshalb wollen wir die Konferenz zur Zukunft Europas für eine europäische Souveränitätsoffensive nutzen.

Die Schlagkraft der EU muss größer werden – und die Stimme Europas in der Welt klarer und deutlicher vernehmbar sein. Unsere Leitidee für die Konferenz ist daher ein Paradigmenwechsel von der Binnenorientierung hin zu einer Weltorientierung der EU. Dafür braucht es aber eine ergebnisoffene und ehrliche Debatte

auf welchem Wertefundament das Europa der 27 steht und wohin wir es gemeinsam entwickeln wollen.

Gerade weil CDU und CSU den Verfassungsauftrag der europäischen Einigung ernst nehmen, sollten wir ehrliche Selbstkritik an der EU zulassen. Weder unreflektierter Europajubel noch engstirniger Nationalismus oder Isolationismus lösen die tatsächlichen Probleme der Zukunftsfähigkeit der EU. In ihrer jetzigen Struktur und ihrer politischen Praxis erscheint die EU gegenüber den neuen Herausforderungen und den damit verbundenen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend gewappnet. Wir möchten uns bei der Konferenz zur Zukunft Europas dafür einsetzen, dass europäische Politik fokussierter, handlungsfähiger und direkter legitimiert wird.

Das Wesentliche im Blick: für einen europäischen Mehrwert

Die derzeitige Kompetenzstruktur der EU ist kompliziert und führt zu oft dazu, dass die Verantwortlichkeiten zwischen Brüssel und den nationalen Hauptstädten von außen nur schwer nachzuvollziehen sind. Europa muss dort stark sein, wo die Länder Europas gemeinsam mehr erreichen können als allein: mehr Wohlstand durch Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsame Investitionen in Forschung und Innovation, durch strategische Autonomie in den wichtigen Bereichen der Wirtschaft und Gesundheit, durch einen gemeinsamen digitalen Binnenmarkt, durch digitale Souveränität, mehr Schutz durch vielfältige und hochwertige Lebensmittel einer gemeinsamen Agrarpolitik, durch einen effektiven Kampf gegen den Klimawandel, durch koordiniertes Handeln bei grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken und mehr Sicherheit durch den Schutz der Außengrenzen sowie eine gemeinsame, den Menschenrechten verpflichtete Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik mit dem transatlantischen Bündnis als Leitschnur. In vielen Politikfeldern fehlen den europäischen Institutionen heute noch klare Kompetenzen oder wirksame Instrumente, um angemessene Antworten geben zu können.

Eine Fokussierung auf den europäischen Mehrwert bedeutet auch, dass die EU sich stärker als bisher auf das Wesentliche konzentrieren muss. In der Konsequenz heißt das: In bestimmten Bereichen kann auch weniger Europa der bessere Weg sein. Eingriffe in nationale Sozial-, Familien- und Arbeitsmarktpolitiken, einen europäischen Finanzausgleich oder eine europäische Sozialversicherung bergen ein erhebliches Spaltungspotenzial und sind aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kontraproduktiv. Die EU kann nur funktionieren, wenn sie Subsidiarität und Eigenverantwortung lebt.

Mehr Handlungsfähigkeit: die EU zur Problemlösung befähigen

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten manchmal mehr von der EU, als sie im Rahmen der heutigen Verträge leisten kann. Zunehmend lähmen einzelne Mitgliedsstaaten mit ihrem Veto die Entscheidungsfindung in den Institutionen. Entscheidungen orientieren sich oft weniger am Gemeinwohl als an nationalen Interessen. In Krisenzeiten werden häufig neue intergouvernementale Parallelstrukturen geschaffen, die in Konkurrenz zur gemeinschaftlichen Herangehensweise

innerhalb der EU-Verträge stehen. Besonders in Krisensituation ist ein gemeinschaftlich abgestimmtes Vorgehen von besonderer Bedeutung.

Wenn wir ein handlungsfähigeres Europa wollen, müssen wir die Strukturen überwinden, die verhindern, dass wir in Europa zeitnah auf Krisen reagieren können. Die Welt wartet nicht auf Europa und unvorhersehbare Ereignisse wie die Pandemie erst recht nicht. Europa muss in der Lage sein, schnell und durchsetzungsstark auf Herausforderungen zu reagieren. Reaktionsfähigkeit ist aber nicht alles: Die EU muss in die Lage versetzt werden, aktiv zu gestalten. Dafür müssen dort Änderungen vorgenommen werden, wo die Bürgerinnen und Bürger noch zu oft den Eindruck von Realitätsferne und Intransparenz haben.

Direktere Legitimation: Demokratie in Europa stärken

Die EU hat Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa gestärkt und sichert damit den Frieden. Mit ihren Institutionen hat sie eine weitere Ebene der Mitbestimmung für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen und Wege zum Schutz der Grund- und Bürgerrechte geebnet. Das demokratische Gerüst der EU hielt jedoch mit den zuletzt raschen Veränderungen in den Aufgaben und mit den neuen Anforderungen nicht Schritt. Infolge dessen können regelmäßig Erwartungen an die EU nicht erfüllt werden, was zur Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger vom Integrationsprojekt Europa führt.

Die Zukunftskonferenz soll eine Zäsur in der Geschichte der EU sein. Im Mittelpunkt muss die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger stehen. Sie sind es, die den Repräsentantinnen und Repräsentanten der EU eine möglichst direkte demokratische Legitimation geben sollten. Dies betrifft alle primären EU-Institutionen, ihre Aufgaben und ihr Verhältnis zueinander. Die gefühlte und tatsächliche Distanz zu den Institutionen der EU muss verringert, ihre Kompetenzen und Rollen müssen geschärft werden. Das Unionsrecht bestimmt das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger tagtäglich mit, aber umgekehrt müssen auch die politischen Vorhaben hinter den Regelungen für den Einzelnen nachvollziehbar sein. Sie müssen mitgestalten können. Gleichzeitig müssen die Regelungen der Union dem Ziel dienen, Lebensrealität der Bürger konkret zu verbessern. Im Sinne der Subsidiarität müssen sie Spielraum für eine passgenaue Umsetzung vor Ort lassen.

Ziel der Konferenz

Wenn die Konferenz zur Zukunft Europas aussagekräftige Ergebnisse erzielen soll, muss sie von den Parlamenten vorangetrieben werden. Sie muss in die bestehenden demokratischen Strukturen fest eingebunden werden. Wir begrüßen die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren an strukturierten Dialogen. Die Konferenz sollte auch eine Gelegenheit für alle wesentlichen Interessengruppen sein, ihre Vision über die Zukunft Europas zu teilen.

In diesem Prozess sollte den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Parlamente eine zentrale Rolle zukommen. Zudem sollten die Beiträge aus der strukturierten Bürgerbeteiligung höher gewichtet werden als die von Interessengruppen

eingebrachten Inhalte. Es ist besonders wichtig, dass sich die Konferenz auf die zentralen Zukunftsfragen konzentriert und Politikfelder definiert, in denen mehr oder weniger europäisches Handeln gewünscht ist, in denen Reformen notwendig sind.

Der Prozess muss fokussiert geführt werden und sollte im kommenden Jahr in erste konkrete Ergebnisse münden. Am Ende der Konferenz sollte ein klarer Fahrplan hin zu strukturellen Reformen der EU stehen. Diese sollten eine neue positive Dynamik entfalten und die Akzeptanz der EU erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten deren Mehrwert erkennen können. Auch bestehende Unterschiede im Integrationswillen der Mitgliedstaaten sollten Rechnung getragen werden.

CDU und CSU sind entschlossen, mit einem ambitionierten Programm in die Konferenz zu gehen. Unter dem Strich sollte ausgelotet werden, welche Änderungen und Reformen im aktuellen Vertragsrahmen möglich sind und welche ihn sprengen würden. Vertragsänderungen sollten nicht von vornherein ausgeschlossen werden. CDU und CSU stehen - in der Tradition von Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl - bereit, die Konferenz zur Zukunft Europas zum Erfolg zu führen und ein neues Kapitel in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses aufzuschlagen.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin